

Grün-Schwarz will Fahrverbote für ältere Autos

rs. STUTTGART, 10. Juli. Die grün-schwarze Landesregierung in Baden-Württemberg hat sich nach einer Sitzung des Koalitionsausschusses im Wesentlichen darauf verständigt, zunächst nur für ältere Dieselfahrzeuge mit Motoren nach den Abgasnormen Euro 3 und Euro 4 in Zonen Fahrverbote in Stuttgart anzuordnen. Sie sollen von 2019 an gelten. Für Handwerker und Zulieferer soll es Ausnahmeregelungen geben. Über Fahrverbote für relativ moderne Fahrzeuge mit Motoren nach Euro-5-Norm soll wahrscheinlich erst nach weiteren Schadstoffmessungen im Sommer nächsten Jahres entschieden werden. Es soll dann eine weitere Fortschreibung des Luftreinhalteplans geben, so dass Fahrer von Autos mit Euro-5-Motoren frühestens im Frühjahr 2020 mit Fahrverboten rechnen müssen. „Wir wollen nach wie vor keinen Fahrverbotsautomatismus für Autos mit Euro-5-Dieseln“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Reinhardt am Dienstagabend. Die Sondersitzung des Koalitionsausschusses war angeblich am Termin kurz vor 18 Uhr unterbrochen worden. „In der Sache gibt es keinen Disens“, sagte der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Andreas Schwarz. Meinungsverschiedenheiten gibt es allerdings in der Frage, was ein Investitionspaket zum Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs kosten darf. Der Koalitionsausschuss soll an diesem Mittwoch abermals beraten.

Das Bundesverwaltungsgericht hatte Ende Februar Fahrverbote zur Einhaltung der Grenzwerte bei Stickoxid-Emissionen grundsätzlich für zulässig erklärt, wenn sie verhältnismäßig sind. In Baden-Würt-

ANZEIGE

MORGEN IM REISEBLATT

Tradition

Deutsches Wasser, vierter Teil: Bei den Flößern im Frankenwald

Erosion

Das Werk von Wind und Wetter: Im wilden Norden Sardinien

Animation

Viel Spaß in den Bergen: Familienurlaub rund um Meran

Deklination

Eine Frau schafft Ordnung: Fotografien von Architekturrelikten

Kostenloses Probeabo

0180 252 52*, www.faz.net/probeabo
* 6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunkhöchstpreis 42 Cent pro Minute.



temberg ist über Fahrverbote seit einem ersten Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart im vergangenen Sommer kontrovers diskutiert worden. Die Grünen, vor allem aber Verkehrsminister Winfried Hermann, sahen darin einen willkommenen Anlass, um in der Landeshauptstadt die „ökologische Verkehrswende“ einzuleiten. Hermanns Ziel ist die autofreie Stadt. Die CDU wollte Fahrverbote möglichst verhindern, sie hatte auch dafür plädiert, gegen das Stuttgarter Verwaltungsgerichts-urteil in Berufung zu gehen, um eine inhaltliche Überprüfung zu ermöglichen. Das hatte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) auch mit Rücksicht auf seine Partei und Fraktion abgelehnt. Das Land hatte dann Revision beantragt. Kürzlich hatte das Verwaltungsgericht Stuttgart in einer mündlichen Verhandlung noch einmal festgestellt, dass in dem neuen Luftreinhalteplan ein Zieldatum für Fahrverbote der Euro-5-Fahrzeuge zwingend enthalten sein müsse. Ansonsten müsse die Landesregierung mit Zwangsgeldern rechnen. Falls es hierzu kommen sollte, will die CDU vor dem Verwaltungsgerichtshof Rechtsbeschwerden einlegen. „In einem Rechtsstaat sollte man alles tun, um Rechtmäßigkeit zu bekommen“, so Reinhardt. In Stuttgart, Böblingen, Esslingen, Ludwigsburg und im Rems-Murr-Kreis sind 183 000 Fahrzeuge mit Euro-5-Dieselmotor zugelassen.

Geld ist doch nicht alles

Vor dem Nato-Gipfel wird schon einmal beschwichtigt und gerechtfertigt – die Angst vor dem Auftritt Donald Trumps in Brüssel geht um.

Von Michael Stabenow

BRÜSSEL, 10. Juli. Nato-Gipfeltreffen finden in der Regel alle zwei Jahre statt. Sie sollen den Bündnispartnern eine Bühne bieten, Einigkeit zu demonstrieren und der Außenwelt zu verdeutlichen, dass militärische Abschreckung und Bereitschaft zum politischen Dialog zwei Seiten einer Medaille sind. So war es 2014 in Wales und 2016 in Warschau. Und so soll es eigentlich auch an diesem Mittwoch und Donnerstag beim Treffen der Staats- und Regierungschefs der 29 Nato-Länder im neuen politischen Hauptquartier der Allianz sein.

Aber es geht die Sorge um, dass es einen Störenfried auf dem Nato-Parkett geben könnte: Donald Trump. Vor dem Abflug nach Brüssel hatte der amerikanische Präsident am Dienstag wenig Harmoniebedürftigkeit geklungen. Die Vereinigten Staaten gäben viel mehr für die Nato aus als jeder andere Bündnispartner. So schrieb Trump auf Twitter: „Die Nato-Länder müssen MEHR zahlen. Die Vereinigten Staaten müssen WENIGER zahlen. Sehr unfair!“ Die Klage ist nicht neu. Sie erscheint aber nicht gerade als gutes Omen für das Treffen in Brüssel. Dort soll die weitere Anpassung der Nato an die seit 2014 gravierend veränderte geostatische Lage im Vordergrund stehen.

Generalsekretär Jens Stoltenberg redete am Dienstag nicht um den heißen Brei herum. Es werde ihn nicht überraschen, wenn es zu lebhaften Diskussionen kommen werde – auch zum Thema Verteidigungsausgaben. Aber der gerne auf Ausgleich bedachte Stoltenberg wäre nicht Stoltenberg, hätte er nicht hinzugefügt: „Aber ich bin zuversichtlich, dass wir uns über die Grundlagen einig werden.“

Abermals betonte der Generalsekretär die Notwendigkeit, wie 2014 in Wales vereinbart, die Verteidigungsausgaben bis 2024 auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung „zuzubewegen“. Aber Stoltenberg hob auch hervor, dass die Entwicklung positiv verlaufe. 2014 galten neben den Vereinigten Staaten, die derzeit rund vier Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Verteidigungszwecke verwenden, nur Großbritannien und Griechenland ausgabentechnisch als Musterknoten der Allianz. In diesem Jahr dürften



„Wer hätte das gedacht“: Wird Trump in Brüssel wieder den Störenfried spielen?

Foto Laif

laut Schätzungen der Nato weitere fünf Länder die Zwei-Prozent-Vorgabe vollständig oder knapp erfüllen: Polen, Rumänien sowie Estland, Lettland und Litauen.

Deutschland verfehlt mit einem Anteil von 1,24 Prozent des BIP die Zielmarke weiter deutlich. Stoltenberg sagte, er erwarte mehr von Deutschland und anderen Bündnispartnern, er fand aber auch anerkennende Worte: Auch Deutschland bewege sich in die richtige Richtung. Aber obwohl die Finanzplanung eine Steigerung des deutschen Verteidigungsetats von knapp 39 Milliarden Euro in diesem Jahr und um 80 Prozent bis 2024 vorsieht, dürfte sein Anteil am BIP – auch wegen des zu erwartenden Wirtschaftswachstums – auch dann nur 1,5 Prozent betragen.

In Berlin wurde versucht, die deutschen Beiträge in ein günstigeres Licht zu rücken. Es wurde auf die tragende Rolle hingewiesen, die Deutschland in vielerlei Hinsicht in der Nato übernommen habe. Dies gelte besonders für die Beiträge zur Verwirklichung von zwei beschlossenen Schritten. So übernimmt Deutschland 2019 und 2023 die Führung bei der superschnellen, unter dem Kürzel VJTF firmierenden und im Nato-Jargon als „Speerspitze“ bezeichneten Eingreiftruppe. Sie soll innerhalb von zwei bis sieben Tagen einsatzfähig sein. 4700 der 7600 für die Landkomponente abgestellten Soldaten kommen aus Deutschland. Auch bei der 2016 auf Drängen mittel- und osteuropäischer Partner beschlossenen „Vornepräsenz“ (EFP) im östlichen Bündnisgebiet fällt Deutschland eine Schlüsselrolle zu. Zudem sei Deutschland zweitgrößter

Truppensteller der Nato. So wird es bei der Mission zur Beratung und Ausbildung der Sicherheitskräfte in Afghanistan (RSM) seine Präsenz um knapp 200 auf 1300 Soldaten erhöhen. All dies sind aus deutscher Sicht Entwicklungen, die es der Bundeskanzlerin Angela Merkel geleiteten deutschen Delegation erlauben, „aufgeschlossen und gelassen zum Nato-Gipfel zu fahren“.

So zuversichtlich sich Stoltenberg zum Verlauf des Gipfeltreffens zeigte: Die Erinnerung an Trumps Auftritt an gleicher Stelle Ende Mai 2017 dürfte ihm in – eher unglute – Erinnerung geblieben sein. So hatte der Präsident bei der Einweihung des neuen Hauptquartiers die unzureichenden Verteidigungsausgaben von 23 Ländern moniert. „Viele dieser Länder sind uns massive Geldsummen schuldig“, hatte Trump gesagt. Nicht nur Stoltenberg gab am Dienstag zu bedenken, dass die transatlantischen Zwistigkeiten um Klimaschutz, Handelspolitik oder das Atomabkommen mit Iran die Kooperation innerhalb der Allianz nur wenig beeinträchtigt hätten. Zu stark seien das Fundament der gemeinsamen Grundwerte sowie das Streben nach Frieden und Sicherheit, lautet ein dieser Tage häufig zu hörendes Argument. Trump stehe zu der im Artikel 5 des Nordatlantikvertrags enthaltenen Verpflichtung zur kollektiven Verteidigung. Die Vereinigten Staaten hätten zudem beschlossen, ihre militärische Präsenz in Europa deutlich zu verstärken.

Ob es jetzt in Brüssel zum Krach kommen wird? Stoltenberg wirkte am Dienstag gewohnt beschwichtigend. Er konzentrierte sich auf die offiziell anstehenden Entscheidungen der Chefs. Neben einem

Beschluss zur Erweiterung der Nato-Ausbildungsmission für die irakischen Sicherheitskräfte und der erwarteten Einladung an Mazedonien zu Beitrittsgesprächen stechen dabei zwei Punkte heraus. Als Teil einer verbesserten Nato-Kommandostruktur sollen zwei neue Unterstützungscommandos im amerikanischen Bundesstaat Virginia sowie in Ulm entstehen. Sie sollen eine raschere Verlegung von Truppen und militärischer Ausrüstung ermöglichen. Darüber hinaus soll in Brüssel eine sogenannte Nato-Bereitschaftsinitiative beschlossen werden. Ziel ist es, künftig innerhalb von 30 Tagen die Einsatzfähigkeit von jeweils 30 Heeresbataillonen, Flugzeugstaffeln sowie Schiffen oder U-Booten zu ermöglichen. Es geht nicht um neue Verbände, sondern darum, die Einsatzfähigkeit vorhandener Truppen zu verbessern, hieß es in Berlin.

Das dürfte ganz im Sinne der Feststellung Merks gewesen sein, die in ihrer jüngsten Videobotschaft mit Blick auf die geplante Erhöhung des deutschen Verteidigungsetats erklärt hatte, es gehe „jetzt um Ausrüstung und nicht etwa um Aufrüstung“. Und Stoltenberg gab sich unbeirrt, als er am Dienstag mit einem für den Skandinavien eher seltenen Pathos in der Stimme erklärte: „Nordamerika und Europa stehen beieinander.“ Trump klang da vor seinem Abflug nach Brüssel, von wo er am Donnerstag nach Großbritannien und anschließend zu seinem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin nach Helsinki weiterfliegen wird, etwas weniger zuversichtlich: „Offen gesagt, könnte Putin am einfachsten von allen sein. Wer hätte das gedacht?“

Ein Ingenieur der Macht

Als Stellvertreter Erdogans soll Fuat Oktay die Geschicke der Türkei mitbestimmen – wer ist der Mann? / Von Michael Martens

ATHEN, 10. Juli. Kaum jemand weiß mit seinem Namen etwas anzufangen, obwohl er seit Jahren eine wichtige Rolle im Machtzentrum der Türkei spielt: Als Recep Tayyip Erdogan am Montag bekanntgab, mit welcher Besatzung er in den kommenden fünf Jahren das Land steuern will, war die Nominierung Fuat Oktays als stellvertretender Präsident die größte Überraschung. Sie kam unerwartet in mehrfacher Hinsicht. Erstens war allgemein angenommen worden, dass Erdogan mehrere Stellvertreter mit verschiedenen Zuständigkeiten ernennen werde. Dass es stattdessen auf absehbare Zeit nur einen Vizepräsidenten geben soll, wertet Oktays Stellung deutlich auf. Hinzu kommt, dass in den Spekulationen über die Stellvertreterposten fast immer der Name von Erdogans Schwiegersohn Berat Albayrak genannt worden war, des bisherigen Energieministers. Zwar wird Albayrak als künftiger Finanzminister tatsächlich eine wichtige (und mutmaßlich undankbare) Rolle in der Republik seines Schwiegervaters spielen, aber eben (noch) nicht als dessen Souchef.

Wer also ist Fuat Oktay, der Mann hinter Erdogan? In einem Gespräch mit dieser Zeitung, das im Oktober 2015 stattfand, trat Oktay als pragmatischer, ergebnisorientierter Macher auf, der seine Herkunft als Topmanager in der Industrie nicht verleugnete. Oktay war damals noch Chef der türkischen Katastrophenschutzbehörde Afad, eines Staates im Staate mit

5000 Mitarbeitern und Zweigstellen in allen 81 Provinzen der Türkei. Zuvor hatte Oktay, der in den Vereinigten Staaten Betriebswirtschaft studierte und fließend Englisch spricht, von 2008 bis 2012 eine für Wartung und Technik zuständige Tochterfirma der Fluglinie Turkish Airlines geleitet. Die Prägung durch eine auf Genauigkeit und Tempo getaktete Branche merkte man ihm noch an, als er 2015 im Interview über die Bedeutung von staatlich organisierter humanitärer Hilfe sagte: „In dieser Industrie – wenn man es eine Industrie nennen kann – steht nicht der Profit im Mittelpunkt, sondern der maximale Nutzen für den Menschen bei möglichst geringen Kosten. Unsere Arbeit muss effizient, transparent und verantwortungsvoll sein.“

Es dürfte vor allem die Effizienz sein, die Oktays immer steileren Aufstieg in Ankara begünstigt hat. Seine Aufgaben an der Spitze von Afad erledigte er aus der zentralanatolischen Provinz Yozgat stammende Behördenchef zur allgemeinen Zufriedenheit. Afad war unter anderem für Aufbau und Betrieb von mehr als zwei Dutzend Lagern für Hunderttausende Flüchtlinge aus Syrien verantwortlich. Die Qualität der Lager wurde auch von den Vereinten Nationen als vorbildlich gelobt. Um Spannungen mit der eingesennten Bevölkerung zu mindern oder gar nicht erst aufkommen zu lassen, setzte Oktay darauf, die Versorgung der Flüchtlinge möglichst durch Einkäufe aus der direkten Umge-

bung sichern zu lassen. „Wenn Städte die Last tragen, sie (die syrischen Flüchtlinge) zu beherbergen, dann sollten sie auch von den Möglichkeiten profitieren können, die das in wirtschaftlicher Hinsicht mit sich bringt. Das wird die lokale Wirtschaft beleben, und die Einheimischen werden Flüchtlinge nicht als Belastung empfinden“, hat Oktay sein Vorgehen einmal erklärt.

Ende Juni 2016 folgte ein weiterer Aufstieg: Oktay wurde zum Staatssekretär beim Ministerpräsidenten ernannt. Das war zu diesem Zeitpunkt Binali Yıldırım. Kaum zwei Wochen darauf, in der Nacht vom 15. zum 16. Juli 2016, putschten in der Türkei Teile des Militärs und überbrachten Erdogan damit „ein Geschenk Allahs“, wie der Staatspräsident es nannte. Erdogan ließ den Ausnahmezustand verhängen. Bei den folgenden Strafversetzungen, Suspendierungen, Entlassungen, Verhören und Verhaftungen Hunderttausender Beamter spielte Oktay als bürokratischer Organisator der „Säuberungswellen“ eine zentrale Rolle. Er leitete den Ausschuss, der die Listen mit den Namen der aus dem Staatsdienst zu Entfernenden erstellte. Der Putschversuch war nach offizieller Lesart in Ankara von Anhängern des im amerikanischen Exil le-

Fuat Oktay



Fuat Oktay

benden Sektorenführers Fethullah Gülen ausgeführt worden. Die hatten, so die offizielle Darstellung weiter, über Jahre hinweg den türkischen Staat unterwandert. Das von Oktay geleitete Komitee durchforstete die Lebensläufe türkischer Beamter auf Anzeichen einer Verbindung zu der Gruppierung. Hatte jemand ein Konto bei der (mittlerweile geschlossenen) Bank Asya unterhalten, dem inoffiziellen Kreditinstitut der Gülen-Bewegung? Hatten Beamte ihre Kinder auf von der Gülen-Bewegung betriebene Schulen geschickt? Waren sie Abonnenten der von der Bewegung herausgegebenen Tageszeitung „Zaman“? Hatten sie auf ihren Mobiltelefonen die von der Bewegung genutzte Verschlüsselungssoftware Bylock installiert?

Dass die Kommission Einzelfälle allzu skrupulös untersuchte, darf angesichts von Zehntausenden Entlassungen allein in den ersten Wochen nach dem Putsch bezweifelt werden. Dass Erdogan mit Oktays Arbeit zufrieden war, ist hingegen nicht zu bezweifeln. Der Staatssekretär bekam immer mehr und immer wichtigere Aufgaben übertragen. Bei den beiden Feldzügen der türkischen Armee in Syrien war er für die Koordinierung der verschiedenen staatlichen Institutionen zuständig, die nach der Eroberung die Kontrolle in den okkupierten Gebieten übernahmen. Türkische Medien beschreiben ihn am Dienstag zudem als einen „Architekten der bürokratischen und administrativen Umwandlung“ der

Türkei von einer parlamentarischen Republik in ein Präsidialsystem. Die Beförderung des Managers zum formal zweitmächtigsten Mann der Türkei hat Eindrucksvoll bestätigt, dass Oktay seine Aufgaben zur Zufriedenheit des Mannes erledigt haben muss, der in Ankara über das Wohl und Wehe jeder wichtigen Beamtenschaft entscheidet. Hilfreich ist dabei gewiss auch, dass der Ingenieur keinerlei politischen Ehrgeiz erkennen lässt. Über seine Arbeit hat Oktay laut dem regierungsfreundlichen Revolverblatt „Yeni Safak“ einmal gesagt: „Unser Regierungschef, unser Präsident und die Minister sollen beruhigt arbeiten können. Sie sollen wissen, dass eine einmal gefällte Entscheidung auch durchgesetzt wird.“ Dafür sieht sich Oktay zuständig. Er ist ein Ingenieur im Räderwerk der Macht. Loyalität und Effizienz sind sein Markenzeichen.

Nur von einem Gedanken wird er sich in seiner neuen Rolle wohl verabschieden müssen, sofern er das nicht längst getan hat: Im Gespräch mit dieser Zeitung beklagte Oktay 2015 die „zentralisierte Kultur“ der Türkei, die es zu überwinden gelte. Er sprach davon, dass sich der „kulturelle Hintergrund“ des Zentralismus leider nicht auf Knopfdruck abstellen lasse. Dieser Knopf soll in der türkischen Präsidialrepublik aber ohnehin nicht gedrückt werden, denn Erdogan will einen Staat, in dem alle Wege zu ihm führen – einstweilen über Fuat Oktay.

Gefahr für die Umwelt

Kiew warnt vor Risiken in besetzten Gebieten

gna. BERLIN, 10. Juli. Die Ukraine befürchtet schwere Schäden für Mensch und Umwelt in den besetzten Gebieten im Osten des Landes. In der Bergbauregion seien inzwischen 36 Schächte geflutet worden, sagte Umweltminister Ostop Semerak dieser Zeitung. Semerak berichtete über die Lage vor der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, die bis zu diesem Mittwoch in Berlin tagt. Die von Russland unterstützten „Volksrepubliken“ im Donbass hätten das Abpumpen des Wassers aus vielen nicht mehr genutzten Bergwerken aus Kostengründen eingestellt. Damit drohten Schwermetalle und Salze ins Grundwasser, in die Flüsse und ins Schwarze Meer zu gelangen.

Besonders besorgt ist Semerak wegen des Bergwerks Junkom beim Ort Jenakijew. Dort wurde 1979 eine unterirdische Kernexplosion gezündet. Offiziell wurden bergbautechnische Gründe als Rechtfertigung genannt, doch Semerak vermutet ein „militärisches Experiment“. Eine unterirdische Betonkapsel sichert den verstrahlten Bereich. Doch die Separatisten hätten angekündigt, auch diesen Schacht zu fluten, weil russische Fachleute dies für unbedenklich erklärt hätten. Das amerikanische Außenministerium warnte für diesen Fall vor einer Wasserverseuchung und forderte von „Russland und seinen Stellvertreterbehörden, verantwortlich zu handeln“.

Auch in der Anlage „Donezkij sawod“ in Donezk gibt es laut Semerak Strahlungsquellen. Dort habe es 2017 eine „starke Explosion“ gegeben. Eine unabhängige Kontrolle, etwa durch die Internationale Atomenergieagentur, sei in den besetzten Gebieten nicht möglich. Dagegen habe die Ukraine 2017 bei Schitomir ein Lager mit verstrahlten Rückständen aufgelöst und den Abfall in die Zone von Tschernobyl gebracht, wo eine Lagerstätte für Nuklearabfall aufgebaut wurde. Eine weitere Lagerstätte in Kirowohrad werde mit Nato-Mitteln demnächst ebenfalls aufgelöst.

Die Flutung der Anlage in Junkom sei „Öko-Terrorismus“, kritisiert Semerak. 2013 seien in den heute besetzten Gebieten 4500 Betriebe als ökologisch gefährlich eingestuft worden. Kiew versucht laut Semerak, die Umweltprobleme in den Minsk-Verhandlungen über das Donbass einzubringen, stößt dabei jedoch auf Widerstand. Derzeit ruht Semeraks Hoffnung auf den in der Ukraine tätigen OSZE-Beobachtern, die auch als Erste über das Junkom-Problem berichteten.

Frankfurter Allgemeine

Frankfurter Zeitung

Gründungs- und Herausgeber Erich Welter

VERANTWORTLICHE REDAKTEURE: für Innenpolitik: Dr. Jasper von Altenbockum; für Außenpolitik: Klaus-Dieter Frankenberger; Dr. Nikolas Busse (stv.); für Nachrichten: Dr. Richard Wagner; für „Zeitgeschehen“: Dr. Reinhard Müller; für „Die Gegenwart“: Dr. Daniel Deckers; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Politik Online: Thomas Holl; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel; für Wirtschaftsberichterstattung: Johannes Pennekamp; für Unternehmen: Sven Astheimer; für Finanzen: Gerald Braunberger; für Wirtschaft Online: Patrick Bernau; für Sport: Anno Hecker, Peter Penders (stv.); für Sport Online: Tobias Rabe; für Feuilleton: Dr. Edo Reents; Jakob Strobel y Serra (stv.); Hannes Hintermeier (stv.); für Literatur und literarisches Leben: Andreas Plattaus; für Feuilleton Online: Michael Hanfeld; für Rhein-Main-Zeitung: Dr. Matthias Alexander; Manfred Köhler (stv.)

FÜR REGELMÄSSIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN: Beruf und Chance: Nadine Bös; Bildungswelten: Dr. h.c. Heike Schmolli; Der Betriebswirt: Georg Giersberg; Der Volkswirt: Dr. Philipp Plicker; Die Lounge: Johannes Pennekamp; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel; Forschung und Lehre: Thomas Thiel; Geisteswissenschaften: Patrick Bahners; Immobilien: Michael Psotta; Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Lisa Becker; Kunstmarkt: Dr. Rose-Maria Gropp; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Dr. Jan Grossarth; Natur und Wissenschaft: Joachim

Müller-Jung; Neue Sachbücher: Hannes Hintermeier; Politische Bücher: Dr. Peter Sturm; Recht und Steuern: Dr. Hendrik Wieduwilt; Reiseblatt: Freddy Langer; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Holger Appel.

Bildredaktion: Christian Pohlert; **Chefin vom Dienst:** Dr. Elena Geus; **Grafische Gestaltung:** Holger Windfuhr (Art Director); **Informationsgrafik:** Thomas Heumann.

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Thomas Lindner (Vorsitzender); Dr. Volker Breid.

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Ingo Müller; für Anzeigenproduktion: Andreas Gierh.

Anzeigenpreisliste Nr. 78 vom 1. Januar 2018 an; für Stellanzeigen: F.A.Z.-Stellenmarkt-Preisliste Nr. 12 vom 1. Januar 2018 an.

MONATSBEZUGSPREIS: Abonnement Frankfurter Allgemeine Zeitung 64,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 71,90 €; Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 32,40 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Hochschul-anzeiger 32,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 37,90 €. Bei Postbezug der Sonntagszeitung erfolgt die Lieferung am Montag – bei Feiertagen am darauffolgenden Werktag. Frankfurter Allgemeine Zeitung im Ausland 73,50 € einschließlich Porto, gegebenenfalls zuzüglich Luftpostgebühren. Alle Preise bei Zustellung frei Haus, jeweils einschließlich Zustell- und Versandgebühren sowie 7 % Umsatzsteuer. Das digitale Kombinationsangebot (E-Paper) der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung 46,90 €; Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 30,90 €. Abonnement der digitalen Frankfurter

Allgemeine Sonntagszeitung; einschließlich der digitalen Frankfurter Allgemeine Zeitung am Samstag (Wochenendabonnent E-Paper) 16,90 €. Einzelverkaufspreis der digitalen FA.Z. 1,90 €; der digitalen F.A.S. 3,30 €; jeweils einschließlich 19 % Umsatzsteuer. Weitere Preise auf Anfrage oder unter www.faz.net. Die FA.Z. erscheint werktäglich, die Sonntagszeitung an jedem Sonntag – auch an Feiertagen. Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung an Zustellpartner und an die Mediensevice GmbH & Co. KG, Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main, übermittelt. Abonnementskündigungen sind schriftlich mit einer Frist von 20 Tagen zum Monatsende bzw. zum Ende des vorausberechneten Bezugszeitraumes möglich. Gerichtsstand Frankfurt am Main.

NACHDRUCKE: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung wird in gedruckter und digitaler Form vertrieben und ist aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urheberrechtsgesetz nicht anderes ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Sofern Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder in Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der F.A.Z. GmbH online erwerben unter www.faz-rechte.de. Auskunfts-erhalten Sie unter nutzungsrechte@faz.de oder telefonisch unter (069) 75 91-2985. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten

Sie die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de oder telefonisch unter (030) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN

DRUCK: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstraße 4–6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München.

Amthliches Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsischen Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION:

Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

TELEFON: (069) 75 91-0. Anzeigenservice: (069) 75 91-33 44. Kundenservice: (0 69) 75 91-10 00 oder www.faz.net/meinabo. Telefax: Anzeigen (0 69) 75 91-23 33; Redaktion (0 69) 75 91-17 43; Kundenservice (0 69) 75 91-21 80.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbriefe@faz.de

Deutsche Postbank AG, Frankfurt am Main; IBAN: DE58 5001 0060 0091 3936 04; BIC: PBNKDEFF